Das Programm, das die Fraktionen von CDU und FDP noch einmal vorgeschlagen haben, Jugendarbeit in sozialen Brennpunkten, wird seine Wirkung ebenfalls im Integrationsbereich zeigen. Insofern haben wir durch Umverlagerungen im Haushalt Schwerpunkte gesetzt. Auf Dauer muss man sicher mehr machen. Aber für dieses Haushaltsjahr waren das die richtigen Signale.

Lassen Sie mich noch einige Sätze zur Eine-Welt-Politik und zur internationalen Zusammenarbeit sagen. Auch die haben wir neu ausgerichtet. Die alte Regierung hat sich hier wesentlich auf die 3.000 Eine-Welt-Gruppen und das Promotorenprogramm konzentriert. So ganz unerfolgreich war das Promotorenprogramm übrigens nicht. Es ist nämlich ein Karriereförderungsprogramm. Der Promoter, der bis vor wenigen Jahren in Aachen tätig war, ist vor wenigen Tagen zum neuen afghanischen Außenminister gewählt worden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das war natürlich nicht die Absicht Ihres Programms, aber das zeigt, was manchmal aus einem Promoter werden kann. Wenn wir alle Außenminister der Welt in Zukunft aus dem Promotorenprogramm speisen, erhöht das auch den deutschen Einfluss in der Welt.

(Zustimmung von der CDU)

Aber unabhängig von dieser nicht ganz ernsthaften Bemerkung haben wir diese vereinzelt Promotorenprogramme, die es irgendwo im Land gab, restrukturiert, auf 15 regionale Koordinatoren konzentriert, sodass sich jeder Koordinator, den wir heute haben, auch für eine ganze Region verantwortlich fühlt. Ich meine, dass das ein Stück des Evaluierungsergebnisses, das Herr Lindner angesprochen hat, ist und diese Entwicklungszusammenarbeit auch in Zukunft erhält.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister, die vereinbarte Redezeit ist überschritten.

Minister Armin Laschet: Bitte schenken Sie mir noch 20 Sekunden.

Wenn man kürzen muss, so halte ich das Programm der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit für dasjenige, womit man das am leichtesten machen kann. Wir konnten nicht nachvollziehen, für was eigentlich das Geld ausgegeben wird. Das Geld wird pauschal an die Kommunen gegeben. Manche haben sinnvolle Projekte gemacht, manche haben irgendetwas daraus gemacht.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

– Frau Düker, wenn man sparen muss, dann muss man prüfen, wo es sinnvoll ist. Die Koordinatoren bleiben. Die 300.000 € stehen auch noch zur Verfügung und sind nicht ausgegeben worden, wie eben jemand vermutet hat. Diejenigen Kommunen, die besonders aktiv sind, können auch noch in diesem und im nächsten Jahr Gelder daraus bekommen.

Wenn wir die Stiftung Umwelt und Entwicklung auch für breitere Kreise öffnen, als sie bisher geöffnet war, wenn wir das regionale Koordinatorenprogramm und die Thematik der Eine-Welt-Arbeit und der internationalen Zusammenarbeit öffnen, dann wird auch dieses Politikfeld ein Bestandteil im Nord-Süd-Land Nordrhein-Westfalen sein. Wir sind nämlich das Nord-Süd-Land in Deutschland, haben den UNO-Standort Bonn und müssen das stärker ins Landesbewusstsein transportieren. Das haben wir uns beim Landesjubiläum auch vorgenommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine sehr geehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 15 sehe ich nicht. Wir sind damit am Ende der Beratungen. Die Abstimmungen werden wir, wie vereinbart, nach der Mittagszeit nachholen.

Bevor ich zur Beratung des nächsten Einzelplans überleite, habe ich noch einen Nachtrag zum Tagesordnungspunkt 1. Mittlerweile liegt mir das vorläufige Protokoll vor. Ausweislich des vorläufigen Protokolls hat Herr Abgeordneter Linssen als Finanzminister von der Regierungsbank aus während der Rede von der Abgeordneten Frau Altenkamp zu TOP 1 Hundejaulen nachgeahmt. Das ist nach meiner Auffassung eine Herabsetzung der parlamentarischen Debatte von der Regierungsbank aus, die ich für unangemessen halte. Gerade Herr Linssen, der lange auf diesem Stuhl gesessen hat, sollte die Würde des Parlamentes achten und die aus diesem Verhalten sprechende Überheblichkeit der zweiten Gewalt gegenüber der ersten Gewalt ebenso kritisch einschätzen, wie ich das tue.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich leite nun über zu **Einzelplan 06:**

Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht Drucksache 14/1706, ferner auf die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, die Sie in der Tischvorlage – Neudruck – unter den Nummern 85 bis 89 finden, und die Änderungsan-

träge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Sie unter den Nummern 90 bis 92 der gleichen Tischvorlage finden.

Ich eröffne die Beratung. Als erster Redner hat der Abgeordnete Schultheis, SPD-Fraktion, das Wort.

Karl Schultheis (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Vor der Wahl im vergangenen Jahr – also fast zur gleichen Zeit, zu der wir heute tagen – wurde von CDU und FDP und nach der Wahl von Ministerpräsident Rüttgers in seiner Regierungserklärung versprochen, dass im Bereich der Zukunftsinvestitionen nicht gespart wird.

Wenn wirklich etwas in diese Richtung geschehen wäre, müssten wir dies ja an diesem Haushaltsentwurf ablesen können. Was also ist tatsächlich geschehen? – Die neue Landesregierung hat im Zuge der Neuorganisation der Ministerien das Thema Technologie vom Wirtschaftsministerium ins Wissenschaftsministerium verlagert. Die für die Technologieförderung wichtigen Ziel-2-Mittel allerdings verbleiben unter Kontrolle des Wirtschaftsministeriums, unter Kontrolle von Frau Ministerin Thoben. In den bisherigen Stellungnahmen für die Förderperiode 2007 bis 2013 kommt der Bereich des sogenannten Innovationsministers aber nur am Rande und die Hochschulen als Innovationsträger gar nicht vor. Minister Pinkwart bezeichnet sich selbst gerne als Innovationsminister und hat diesen Begriff in die Bezeichnung dieses Hauses ganz nach vorne gestellt. Dementsprechend wurde im Ministerium eine Querschnittsarbeitsgruppe Innovation gebildet – durchaus etwas Sinnvolles, die im Übrigen unter dem Titel „Das blaue Band der Sympathie“ läuft. Bisher wurde aber noch kein eigenes Konzept vorgelegt, das als Beleg dienen könnte, dass dieses Band auch wirklich etwas verbindet.

Minister Pinkwart hat in jüngster Zeit mehrfach angekündigt, dass er Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2015 zum Innovationsland Nummer eins machen will. Bis dahin will er die Forschungs- und Entwicklungsausgaben auf 3 % steigern. Auch hierzu wurde bisher noch kein eigenes Konzept vorgelegt. Wir haben als SPD-Fraktion mehrfach im Fachausschuss darum gebeten, ein solches Konzept vorzulegen.

Alle von Minister Pinkwart öffentlich gefeierten Wissenschafts- und Transferprojekte waren bereits durch die SPD-geführte Landesregierung initiiert worden.

(Christian Lindner [FDP]: Alles?)

– Ja, das ist so. Ich wäre ja froh, wenn es anders wäre.

Nicht nur wir fragen deshalb, wo die eigenen originären Projekte dieser Landesregierung bleiben, die ja nun mittlerweile ein Jahr dieses Land regiert.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Er hat seine bisherigen Gesetzentwürfe gern als die neue Freiheit tituliert. Man ergötzt sich an Superlativen wie „das freiheitlichste“ usw. Dabei versteht er unter Freiheit nur einen totalen Wettbewerb unter den Hochschulen und Forschungseinrichtungen ohne die Wahrnehmung öffentlicher Verantwortung. Es wird billigend in Kauf genommen, dass ungleiche Chancen und Startbedingungen vorherrschen.

In dieses Bild passt auch die Einführung von Studiengebühren. Auch auf diesem Feld soll der Markt die Höhe und die Verschuldung regeln. Auch bei den Studiengebühren ist dies das Ende der Chancengerechtigkeit und der gleichen Startbedingungen junger Menschen. Das war das Thema, mit dem wir heute auch in die Debatte eingestiegen sind. Hier gibt es einen Zusammenhang, den wir beachten müssen.

(Beifall von der SPD)

Als Erstes fällt auf, dass der Einzelplan 06 bei den Ausgaben um fast 36,5 Millionen € faktisch und tatsächlich sinkt.

(Christian Lindner [FDP]: Das stimmt doch gar nicht!)

– Das stimmt sehr wohl. Lesen Sie die Zahlen Ihres eigenen Entwurfs, dann werden Sie das feststellen können.

Das entspricht einer Senkung der Gesamtmittel um 0,7 %.

(Christian Lindner [FDP]: Plus 9 Millionen!)

Durch eine solche Haushaltspolitik wird klar, dass mit der neuen Landesregierung nicht nur die Chancengerechtigkeit Stück für Stück beseitigt wird, sondern dass auch wichtige Zukunftsinvestitionen verschlafen werden.

Unter der SPD-geführten Landesregierung ist dieser Etat in den letzten Jahren trotz der schwierigen Haushaltslage gestiegen. Die schwierige Haushaltslage haben wir ja nicht erst seit diesem Jahr, sondern schon seit vielen Jahren. Die schwierige Haushaltslage ist nicht nur hausgemacht. Sicherlich haben auch Landesregierungen eigene Probleme erzeugt, aber für die Haushalts-

lage des Landes Nordrhein-Westfalen spielt die Steuerpolitik auf Bundesebene eine ganz wesentliche Rolle, wo doch alle nicht genug Steuerermäßigungen versprechen konnten, und es sind auch die Solidarmaßnahmen im Rahmen der deutschen Einheit von großer Bedeutung. Wenn Sie das alles einmal ausrechnen, stellt sich die Haushaltssituation des Landes Nordrhein-Westfalen ganz anders da. Wie gesagt, die Haushaltssituation war in den vergangenen Jahren nicht weniger schwierig, als sie das jetzt auch ist. Die Landesregierungen mussten sich damit auseinandersetzen.

Aber trotz dieser schwierigen Haushaltssituation haben Sozialdemokraten im Bereich von Wissenschaft und Forschung nicht gespart. Sie haben nicht reduziert. So wuchs im Jahre 2004 der Etat noch um 1,3 % und im Jahr 2005 um 1,4 %. Aber die jetzige, neoliberal infizierte Landesregierung hat ihre Ankündigungen wie in anderen Bereichen vergessen. Ich nenne das Kinder- und Jugendförderungsgesetz, Herr Kollege Lindner, worüber wir heute Morgen diskutiert haben. Sie hat diesen Bereich bei den Kürzungen eben nicht ausgespart. Auch hier vergehen Sie sich an der Zukunft der Kinder und Jugend unseres Landes.

(Beifall von Dr. Ruth Seidl [GRÜNE])

Die Hauptlast der Kürzungen wird von den Studentenwerken, deren Zuschüsse um 8,2 Millionen € oder 20,1 % gekürzt worden sind, und vom landesspezifischen Forschungs- und Technologiehaushalt – ohne Bundesanteile – mit einer Absenkung um 22,9 Millionen € oder 18,4 % getragen.

Dieser Sachverhalt unterstreicht mehr als deutlich, dass die bereits genannten neuen Schwerpunkte der Wissenschaftspolitik „Ende der Chancengleichheit“ und „Zukunft war gestern“ heißen sollten, anstatt „Zukunftsperspektiven für unser Land aufbauen“.

Auch das Versprechen der Landesregierung die Hochschulen vom Stellenabbau auszunehmen, wird nicht gehalten. Durch den Wortbruch verlieren die Hochschulen und Universitätskliniken in diesem Jahr insgesamt über den Qualitätspakt oder zukünftig Zukunftspakt hinaus 200 Stellen. Das sind rund 0,5 % der Stellen in diesem Bereich. Es ist davon auszugehen, dass bis zum Jahr 2010 dieser Stellenabbau jährlich fortgesetzt wird. Dem ist bisher nicht widersprochen worden. Das gilt für die sonstigen Stellenabsetzungen im Landeshaushalt ebenfalls.

Sollte die Landesregierung bei der zu erwartenden Kritik gegensteuern, ist klar, dass sie die Stellen nicht einfach aus anderen Bereichen nehmen

kann. Der Hochschulbereich hat bisher rund 37.290 Stellen zur Verfügung. Es kommen noch rund 770 Stellen in anderen Bereichen, die affin sind, hinzu. Ein Abbau von 200 Stellen entspräche einem derart massiven Eingriff, dass dies nur durch eine Komplettschließung anderer Landeseinrichtungen zu bewältigen wäre. Das erleben wir zurzeit ja auch in der Diskussion um das Wissenschaftszentrum, wo Lösungen gesucht werden. Beim KWI haben Sie jetzt eine Lösung gefunden, um das Ganze in positives Licht zu rücken. Aber beim IAT wird es schon schwieriger, und bei anderen Einrichtungen wird es noch schwieriger werden.

Sie werden sehen, dass Sie diese Stellen nicht aus anderen Einrichtungen zugunsten der Hochschulen abbauen können. Dann bleibt die Last des Personalabbaus bei den Hochschulen hängen, und zwar entgegen dem, was den Hochschulen versprochen worden ist.

Betrachtet man den Haushalt ohne das Ministerium – die Hochschulen, die Universitätskliniken und die Landesanteile an bundesweiten Programmen – wird sogar deutlich, dass die landesspezifischen Kürzungen tatsächlich sogar 57,6 Millionen € beziehungsweise 7,4 % betragen. Hier wird klar erkennbar, dass sich der Staat mit der FDP aus der Breite der Forschungs- und Wissenschaftslandschaft zurückzieht und dass ein Systemwechsel Richtung Sackgasse eingeschlagen wird. Innovationspolitik braucht nicht nur – das ist wohl richtig –, aber auch Geld. Sonst verkommt sie zu einer reinen Luftblasenpolitik.

Wie sollen Hochschulen und Forschungsstellen Transfer in die Wirtschaft organisieren und Drittmittel einwerben, wenn man ihnen die Basis, die wir im Land selbst beeinflussen können, entzieht?

Bedenklich sind die Verschiebungen im Forschungsbereich insgesamt. Dieser sinkt um 2,5 % beziehungsweise um 11,8 Millionen €. Rechnet man den Anteil an bundesweiten Forschungsprogrammen heraus, stellt man die bereits beschriebene Senkung um 22,9 Millionen € oder 18,4 % fest. Was also tatsächlich geschieht, ist eine Umverteilung der Landesprogramme zugunsten von Bundesprogrammen beziehungsweise Bund-Länder-Programmen wie zum Beispiel der Exzellenzinitiative. Man begibt sich also zunehmend in eine Abhängigkeit und kann kaum noch eigene landespolitische Akzente setzen. Wie will man aber Impulse setzen, die Nordrhein-Westfalen braucht, um mehr Innovationen zu erzielen?

(Christian Lindner [FDP]: Wenn Sie uns die haushaltspolitischen Möglichkeiten nicht genommen hätten!)

– Die haben wir Ihnen nicht genommen. Ich habe Ihnen bereits eben erläutert, dass wir in den vergangenen Jahren eine ähnliche, zum Teil sogar schwierigere Haushaltslage hatten als in diesem Jahr. Es ist eine Frage der Priorität im Landeshaushalt und ob man sich

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

als aktiver Akteur – die Landesregierung ist auch ein Akteur in diesem Lande – versteht oder ob man das nur beobachten will. Darum geht es. Sie brauchen, um bestimmte Projekte voranzubringen, Incentives, und Incentives bestehen auch darin – das wissen Sie –, dass man Geld zur Verfügung hat, nicht um eine Vollfinanzierung sicherzustellen, sondern um Anreize zu schaffen.

(Zuruf von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

– Das ist ja dann Ihre Aufgabe. Aber wenn Sie keine Möglichkeiten finanzieller Art mehr haben, sinnvolle Incentives zu starten, dann werden wir nie erfahren, ob Sie gute Projekte anstoßen oder nicht.

Meine Damen und Herren, ich komme nun auf einzelne Punkte des Einzelplans 06 zu sprechen. Es ist interessant, dass die Ausgaben des Ministeriums – Kapitel 06 010 – um 3 % erhöht werden. Gleichzeitig postulieren Sie nach draußen Bürokratieabbau, man wolle alle möglichen Aufgaben auf die Hochschulen delegieren. Diese 3 % bedeuten zwar keine Riesensummen, aber als Signal ist das nicht unproblematisch.

Die Hochschulhaushalte bleiben in der Tat im Wesentlichen stabil. Das ist eine Fortführung des Qualitätspaktes – jetzt heißt er Zukunftspakt – der vorherigen Landesregierung. Das begrüßen wir sehr. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass dies nur ein faires Angebot ist. Wenn es diese Stilleinsparungen nicht gibt, dann sieht die Welt schon wieder ein ganzes Stück anders aus.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion hat den Beratungsprozess zum Haushalt sehr kritisch begleitet. Wir haben einige Änderungsanträge gestellt, allerdings nicht in allen Fällen und auf allen Feldern, die aus unserer Sicht solche Änderungsanträge verdienten. Wir wollten Ihnen die Chance geben, Konzepte vorzulegen. Das gilt insbesondere für die Finanzierung des Technologie- und Innovationsprogramms und für die freie Forschungsförderung des Landes.

Für die Hochschulen liegen solche Konzepte bisher nicht vor. Solange dies nicht der Fall ist, werden wir uns dieser Kritik, die wir hier formulieren, nicht enthalten. Wir sehen uns nicht alleine mit dieser Kritik. Es kann nicht sein, dass sich das

größte Bundesland aus einer aktiven Forschungsförderung zurückzieht, gerade dann nicht, wenn man dieses Haus mit einer erweiterten Aufgabenstellung ausstattet, was durchaus ja einen Sinn geben kann. Ich kann nicht eine solche Neuaufrichtung eines Hauses vornehmen und gleichzeitig diesem Haus die materiellen Voraussetzungen in Form von Budgets entziehen. Dann ist das ganze Haus in der Tat eine Luftblase.

Man muss immer darauf hinweisen: Sie tun hier im Landtag immer so, als ob Sie erst gestern die Regierung übernommen hätten. Es ist aber mittlerweile ein Jahr her. Ich kann Ihnen sagen: Aus Sicht derjenigen, die sich mehr Innovationen und neue Ideen, neue Produkte, neue Dienstleistungen, neue Verfahren für Nordrhein-Westfalen wünschen, ist dieses Jahr mit einem Innovationsministerium bisher ein verlorenes Jahr gewesen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir wollen nicht, dass weitere verlorene Jahre folgen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Schultheis. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Kollege Dr. Brinkmeier das Wort.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir uns die Haushaltsdebatte, die wir gestern begonnen haben und heute fortsetzen und zum Abschluss bringen, auch quer über die Einzelpläne vor Augen führen, dann sehen wir, zu welchen Folgen die rot-grüne Verschuldungspolitik der letzten Jahre geführt hat. Das ist das Oberthema.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Die 112 Milliarden € Schulden bedeuten für jeden, der hier sitzt, ob im Plenum oder auf der Tribüne, 6.000 € persönliche Schulden, die Sie und nicht wir angehäuft haben. Das ist die rot-grüne Verschuldungspolitik der letzten Jahre.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Umso dankbarer können wir aus hochschulpolitischer und forschungspolitischer Sicht sein, dass der Einzelplan 06, der Einzelplan für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie, über den wir hier sprechen, im Jahre 2006 praktisch unverändert bleibt. Ich spreche also einen Dank aus an das Ministerium für die Erstellung und Einbringung dieses Einzelplans und an alle anderen Ministerien sowie die Kolleginnen und Kollegen

der beiden Koalitionsfraktionen aus den anderen Bereichen, weil die anteilmäßig mehr Sparleistungen effektiv erbringen mussten. Das gilt es hoch zu schätzen. Recht herzlichen Dank dafür!

(Beifall von der FDP)

Der Grund dafür, dass das so gemacht wird, ist die Beschlusslage der Koalition, die wir hier bereits gestern gemeinsam diskutiert haben. Der Schwerpunkt liegt auf Kinder, Bildung, Hochschulbildung und Ausbildung. Deswegen haben wir in diesem Bereich priorisiert. Herr Schultheis, Sie sagten eben, Sie hätten auch in den vergangenen Jahren, als Sie noch an der Regierung waren, auf Ihren Etat geachtet und einige Steuerungszahlen genannt. Wir können ja einmal einige Effekte, zum Beispiel das Studienkontenfinanzierungsgesetz, herausrechnen und auf die Nettoszahlen zu sprechen kommen, was sicherlich sehr interessant wäre.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Wir haben uns im Hochschulbereich nicht nur für den Haushalt 2006, sondern für die Haushalte bis 2010 mit 2,8 Milliarden € pro Jahr festgelegt. Das hätten Sie nie und nimmer hinbekommen. Leider – aus Ihrer Sicht – können Sie den Beweis des Gegenteils nicht erbringen, aber das ist auch gut so.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Eine wissenschaftlich exzellente und wirtschaftlich leistungsfähige Wissenschafts- und Forschungslandschaft ist – da sind wir uns einig – eine Bedingung für Innovation, für zukunftssichere Arbeitsplätze und für die kulturelle und auch ökonomische Attraktivität unseres Landes Nordrhein-Westfalen.

Im Bereich Hochschulen haben wir, um die Qualität und Leistungsfähigkeit des Wissenschaftsstandortes NRW zu steigern, folgende verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen geschaffen, die sich auch die Kollegen Eumann und Schultheis gerne anhören möchten. Noch einmal: Wir stellen 2,8 Milliarden € zur Verfügung, und zwar bis 2010 – Sie werden nie das Gegenteil behaupten können, dass Sie so etwas nicht getan hätten –, und die Fortschreibung des Qualitätspaktes, den Sie eben erwähnt haben, Herr Kollege Schultheis, gibt den Hochschulen eine Handlungssicherheit. Wir haben gesagt: Das führen wir fort,

(Karl Schultheis [SPD]: Das finde ich auch gut!)

so wie Sie es damals gehandhabt haben; da halten wir Wort. Das wird sicher von Ihnen entsprechend honoriert werden.

Die Hochschulen werden von der ressortübergreifenden Stelleneinsparung ausgenommen. Hier möchte ich Ihnen klar widersprechen, was Sie hinsichtlich der 200 Stellen behaupten. Ihre Aussage ist schlichtweg falsch.

(Karl Schultheis [SPD]: Das werden wir sehen!)

Wenn Sie wissentlich sagen, dass an der Universität Duisburg-Essen 18 Stellen und woanders 22 Stellen gekürzt werden, dann ist Ihre Aussage falsch. Fakt ist, dass die Hochschulen 200 Stellen, die in anderen Bereichen des Landes gekürzt werden, prioritär besetzen.

(Karl Schultheis [SPD]: Das soll kompensiert werden!)

Das ist aber keine Kürzung im Hochschulbereich. Es gibt keine Stelleneinsparung im Hochschulbereich. Sie nehmen hier falsche Tatsachen in den Mund. Das ist der Punkt.

(Karl Schultheis [SPD]: Nein!)

Gehen wir in den Bereich Forschung!

(Karl Schultheis [SPD]: Darauf komme ich zurück!)

Dort sprechen wir über die institutionellen Förderungen, über die Förderprogramme und auch über die Studentenwerke. Das Haushaltsvolumen des Jahres 2006 bleibt praktisch auf dem Niveau des Vorjahres. Ja, es gibt auch Kürzungen in Einzelpositionen. Ich nenne das Beispiel Studentenwerke. Darüber haben wir bereits sehr ausführlich im Plenum und auch im Ausschuss diskutiert. Auch im Einzelplan 06 leisten wir unseren Beitrag zur Wiederherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit des Landes.

Umso wichtiger ist es doch, dass in einigen Feldern für Forschung und Innovation zusätzlich Gelder bereitgestellt werden. Noch einmal: Dies führt dazu, dass andere Bereiche eine Sparleistung erbringen müssen, damit wir zum Beispiel die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für die Ansiedlung eines zusätzlichen Max-Planck-Instituts zur Biologie des Alterns in Köln stärken können. Das wird den Kölner Kollegen Eumann von der SPD freuen, und er wird das sicherlich befürworten; denn auch Kollege Eumann wird altern. Das können wir dort gerne testen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Es gibt keine Alternative dazu, Herr Brinkmeier!)

Dafür sind 30 Millionen € vorgesehen. Das ist ein konkreter Schritt zur Umsetzung des Koalitionsvertrages.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Es gibt keine akzeptable Alternative zum Älterwerden! Darüber freue ich mich jeden Tag!)

– Das ist wohl richtig.

Ich habe eben das Thema Studienkontenfinanzierungsgesetz angesprochen. Einen Punkt möchte ich noch nennen: Wir haben den Verrechnungsvermerk aufgehoben, sodass den Hochschulen jetzt netto mehr Geld zur Verfügung steht. Das darf man nicht vergessen. Darüber haben wir oft gestritten. Sie haben Studiengebühren für Langzeitstudenten eingeführt. Allerdings kam das nicht den Hochschulen, sondern dem Landeshaushalt zugute.

(Karl Schultheis [SPD]: Im ersten Jahr! – Marc Jan Eumann [SPD]: Sie sind doch sonst so präzise!)

Jetzt erst ist es nach und nach umgestellt worden. Wir haben für dieses Jahr den Verrechnungsvermerk geändert, sodass das Geld dann den Hochschulen netto zukommt. Das ist ein entscheidender Punkt.

Ich möchte auch auf Ihre Anträge eingehen, Herr Kollege Schultheis, die Sie eingereicht haben und über die wir gleich abstimmen werden. Teilweise betreffen sie den Bereich Frauenförderung; das sind kleinere Beträge. Dabei erinnere ich mich an die gestrige Aussage von Herrn Rimmel. Er hat über ziemlich genau die gleichen Größenordnungen in anderen Bereichen gesagt, das sei kleiner Popanz. Das Wort fällt jetzt auf ihn zurück.

Das Thema Studentenwerke haben wir eben schon angesprochen; darüber haben wir auch in anderen Debatten diskutiert.

Zum Thema Sprachtraining sagen Sie: Die 150.000 €, die wir gekürzt haben, müssen vollständig wieder eingeführt werden. – Ich frage Sie: Woher nehmen Sie das Geld? Wie erbringen Sie es? – Sie können durch globale Einschätzung nicht sagen, dass viel mehr Steuern fließen. Das ist die alte SPD-Methode. Das machen wir nicht mit.

Dann haben Sie noch zum Thema FKE in Dortmund – Donald-Studie – gesagt: Die Kürzung, die wir hier vornehmen, muss wieder aufgestockt werden. Es ging neben der Kürzung vor allem um Liquiditätsprobleme, die jetzt wohl gelöst werden können. Von daher lehnen wir Ihre Anträge ab.

Die Koalition der Erneuerung tritt ganz klar für eine stärkere Verzahnung von universitärer und außeruniversitärer Forschung ein.

(Karl Schultheis [SPD]: Warum machen Sie dann Forschungsinstitute platt?)

Sie wird mit ihrer staatlichen Forschungsförderung vor allem die Grundlagenforschung stärken. Es sollen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die einen Anteil der öffentlichen und privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts von 3 % ermöglichen. Das ist das Lissabon-Ziel.

Wir haben schon in der letzten Wahlperiode sehr stark darüber diskutiert, woher es kommt, dass auch die privaten Anteile zu niedrig sind. Da haben wir deutlich unterschiedliche Ansichten. Wir sagen ganz klar, dass die Privaten erst einmal die notwendigen Freiheiten bekommen müssen, um sich zu engagieren. Sie fragten eben, Herr Kollege Schultheis: Wo bleiben die Projekte? – Da zeigt sich schon wieder die Goldene-Zügel-Mentalität. Anreize sind schön und gut – darüber können wir gerne sprechen –, aber nach unserer Ansicht ist der wichtigste Punkt, dass wir den Hochschulen und dann auch der Wirtschaft, die mit den Hochschulen zusammenarbeitet, die notwendigen Freiheiten geben, das zu tun.

In dem Zusammenhang ist es eben wichtig, das Hochschulfreiheitsgesetz in Gang zu setzen. Die Hochschule ist ja eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und keine staatliche Anstalt mehr. Konkret – um das für die Zuschauer und Zuschauerinnen auf der Tribüne zu erläutern –: Es waren in vielen kleinen Dingen Erlasse verordnet worden, die die Hochschulen dann befolgen mussten. Es gab unter anderem – Herr Schultheis wird das aus seiner Tätigkeit im Ministerium bestätigen können – Referenten, die sich damit beschäftigen mussten, dass die Kraftfahrzeugdienstwagenrichtlinie eingehalten wird. Ich bitte um Widerspruch, Herr Schultheis, wenn ich etwas Falsches sage, aber nach meinem Wissen musste darauf geachtet werden, dass, wenn eine Universität einen Dienstwagen beantragt, eine Standheizung darin sein durfte, bei einer Fachhochschule aber nicht. Solche Dinge wurden im Ministerium kontrolliert.

(Frank Sichau [SPD]: Das macht jetzt der Hochschulrat!)

Da sagen wir ganz klar: Das brauchen wir wirklich nicht mehr.

(Beifall von der CDU)

Das Hochschulfreiheitsgesetz wird diesen Weg erfolgreich fortsetzen. Die finanziellen Rahmenda-ten, die wir gleich im Einzelplan 06 verabschieden werden, werden die entscheidende finanzielle Unter-stützung für diesen Weg. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Brinkmeier. – Als nächste Red-nerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Kollegin Dr. Seidl das Wort.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Frau Präsidentin! Mei-ne Damen und Herren! Meine Fraktionskollegin-nen und -kollegen haben in der gestrigen, aber auch in der heutigen Haushaltsdebatte schon viel zu den leeren Versprechen der Landesregierung gesagt – auch zu der Enttäuschung und Ernüchte-rung, die sich inzwischen bei den Menschen im Lande breitgemacht haben. Das ist doch der Punkt, Herr Brinkmeier. Was haben Sie nicht alles versprochen – auch in der letzten Legislaturperi-ode? Natürlich wurde der Sprecher gewechselt. Damals hat Herr Kuhmichel all diese Versprechen gemacht. Eines der damaligen Versprechen war, dass es keine Studiengebühren gibt. Das gehörte in der letzten Legislaturperiode noch zu den Ver-sprechen, die Sie neben anderen gebrochen ha-ben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dennoch will ich heute beim Einzelplan 06 zur Abwechslung einmal mit einem gehaltenen Ver-sprechen anfangen. Wenn man sich den Kahl-schlag ansieht, den Sie sonst überall betreiben, meine Damen und Herren von der Landesregie-rung, kann man schon froh sein, dass Sie wenig-stens den Qualitätspakt, den die alte Landesregie-rung mit den Hochschulen geschlossen hat, ein-halten und fortsetzen, wenn auch unter einem neuen Etikett mit der Aufschrift Zukunftspakt. Im-merhin gibt es ein gehaltenes Versprechen – das muss man zugeben –, auch wenn es ursprünglich nicht Ihr Versprechen, sondern eines von Rot-Grün war.

Wenn man aber auf Ihre eigenen Ankündigungen und Verlautbarungen schaut, ist da auch schon Schluss mit der Verlässlichkeit – es sei denn, man wollte die Androhung von Studiengebühren, die Sie inzwischen wahr gemacht haben, als ein ein-gehaltenes Versprechen bezeichnen.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Natürlich!)

– Ja, gut. Wenn man Androhungen als Verspre-chen verkündet, ist das ein besonders „positives“ Signal.

(Christian Lindner [FDP]: Im Interesse der Studierenden, das ist entscheidend!)

Aber selbst bei den Studiengebühren sind Sie nicht glaubwürdig geblieben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Was haben Sie uns nicht alles versprochen, Herr Minister Pinkwart? Eine sozialverträgliche Einfüh-rung,

(Demonstrativer Beifall von der CDU)

keine Studiengebühren für BAföG-Empfänger. Ich erinnere auch an den größten Flop, die sogenann-te Geld-zurück-Garantie für schlechte Studienbe-dingungen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das war doch auch ein Versprechen.

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Das ist doch eingehalten worden!)

Aber nichts davon ist wahr geworden. Nichts da- von haben Sie umgesetzt. Offensichtlich suchen Sie die Mehreinnahmen für das Land lieber da, wo sie vermeintlich leichter zu holen sind, nämlich bei denjenigen, die ohnehin mit jedem Euro rech-nen müssen und nebenbei arbeiten, um sich ihren Lebensunterhalt während des Studiums zu ver-dienen.

Dabei ginge es auch anders. Mehreinnahmen hät-ten sich nach unserem Vorschlag für den Landes-haushalt auch erzielen lassen, wenn man zum Beispiel mehr Steuerprüferinnen und -prüfer ein-gestellt hätte. Das wäre ganz nebenbei ein echter Beitrag zu mehr Gerechtigkeit gewesen und keine Abzocke unter dem Deckmantel eines sogenann-ten Finanzierungsgerechtigkeitsgesetzes.

Aber vielleicht liegt der Grund dafür, dass Sie die-sen Weg eingeschlagen haben, darin, dass Sie nicht gerne staatliche Verantwortung überneh-men. Denn den schwarzen Peter bei der Eintrei-bung von Studiengebühren haben die Hochschu-len, die darüber gar nicht so glücklich sind. Es scheint Sie nicht im geringsten zu rühren, dass es hier zurzeit auch zu chaotischen Zuständen kommt, weil sich die Hochschulen mit der Umset-zung Ihres unausgegorenen Gebührengesetzes auseinander setzen müssen, anstatt ihren eigent-lichen Aufgaben in Forschung, Lehre und Studium nachzukommen. Fragen Sie doch einmal nach, ob die das so gut finden!

Herr Pinkwart, wissen Sie eigentlich, was zurzeit an den Hochschulen los ist? Von allen Seiten kommen zumindest bei uns die Klagen über Ihr Hochschulfreiheitsgesetz und die Studiengebühren auf den Tisch. Die Hochschulen sind zutiefst verunsichert über die gegenwärtige Hochschulpolitik, die sich sämtlicher Verantwortung entzieht und den Hochschulen eine vermeintliche Freiheit verspricht, die sich bei näherem Hinsehen als das genaue Gegenteil entpuppt. So lauten zumindest die Stellungnahmen aus den Rektoraten, die man ja wohl ernst nehmen muss.

Genau denselben durchsichtigen Trick wie bei den Studiengebühren wenden Sie jetzt auch beim Haushalt an. Sie nehmen den Studierenden nicht direkt etwas weg, sondern kürzen einfach die Zuschüsse für Studentenwerke um satte 20 %, wohl wissend, dass die Studentenwerke gar nicht anders können, als sich das fehlende Geld über Beitragserhöhungen von den Studierenden wiederzuholen, von denselben Studierenden, die Sie bereits mit Studiengebühren belasten, also in doppelter Weise. Wo da der Anreiz für junge Menschen liegen soll, ein Studium aufzunehmen, ist zumindest mir ein Rätsel.

Ich muss die Kolleginnen und Kollegen der FDP noch einmal an ihre eigenen Worte erinnern. Ich zitiere:

„Das vergleichsweise günstige Preisniveau der Leistungen der Studentenwerke für die Studierenden wird hauptsächlich durch die Zuschüsse des Landes ermöglicht. Dieses Preisniveau muss bei ohnehin zunehmenden finanziellen Belastungen der Studierendenschaft aufrechterhalten werden.“

Das sind Ihre Worte. So haben Sie damals Ihren Antrag zum Haushalt 2003 begründet. Ich erinnere mich, dass wir im Januar 2004 über alle Fraktionen hinweg einvernehmlich das Studentenwerksgesetz mit dem Ziel novelliert haben, die wirtschaftliche Eigenverantwortung der Studentenwerke und damit ihre Handlungsmöglichkeiten als Dienstleistungsunternehmen für die Studierenden zu verbessern.

Gleichzeitig haben wir die Zuschüsse für die Studentenwerke konstant gehalten. Wir haben damals nicht gekürzt und sie bei 40,6 Millionen € gehalten. Denn wir wussten genau, dass wir dies weder den Studentenwerken noch den Studierenden zumuten dürfen.

Wenn wir uns die weiteren Innovationen im Wissenschaftshaushalt ansehen, stellen wir fest, dass diese bis auf den Haushalt des Ministeriums, der um 563.000 € steigt, in der Regel aus Kürzungen

bestehen, und zwar interessanterweise genau dort, wo man eigentlich Innovationen erwarten sollte. Da wäre zum Beispiel ein Minus von 15 Millionen € bei den Mitteln für Forschung, Lehre, Internationales und Transfer in Kapitel 06 100 oder – man höre und staune – ein Minus von 6 Millionen € im Technologie- und Innovationsprogramm des Landes. 20 % weniger für das Technologie- und Innovationsprogramm; das klingt wahrhaftig innovativ, Herr Minister Pinkwart.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Nun mögen Sie wieder sagen: Ja klar, aber wir müssen doch alle unseren Beitrag leisten, wie es Herr Brinkmeier eben noch einmal formuliert hat, und da kommen wir auch bei Bildung und Forschung nicht um Kürzungen herum.

Dazu sage ich: Sie offensichtlich nicht, Herr Minister Pinkwart, aber in unserem grünen Gegenentwurf, der hier schon mehrfach umrissen wurde, sind genau diese Kürzungen bei den Studentenwerken, beim Technologie- und Innovationsprogramm, bei der Titelgruppe 64 zurückgenommen, ohne mehr Schulden zu machen – im Gegenteil.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das Fazit der bisherigen Haushaltsberatungen lautet also auch für den Einzelplan 06: Es geht anders, und wir Grüne haben die besseren Vorstellungen. Wir können es besser. Deshalb appelliere ich an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Gelb: Stimmen Sie unseren Haushaltsvorschlägen zu. Setzen Sie auf Innovation in Lehre und Forschung, fördern Sie Existenzgründungen aus den Hochschulen, steigern Sie die Effizienz beim Technologietransfer, tun Sie etwas für die Frauenförderung an den Hochschulen, unterstützen Sie den wissenschaftlichen Nachwuchs, und kürzen Sie nicht in all diesen Feldern.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Eines ist klar, meine Damen und Herren: Nur, wenn es uns gelingt, zukünftig mehr junge Menschen für ein Studium zu gewinnen und zu begeistern, werden wir die demographischen, gesellschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen in Nordrhein-Westfalen nachhaltig gestalten können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Seidl. – Als nächster Redner hat Herr Kollege Lindner für die Fraktion der FDP das Wort.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will einige Aspekte aus der bisherigen Debatte aufgreifen und beginne mit der Vorrednerin, der geschätzten Kollegin Frau Dr. Seidl, die unter anderem darauf hingewiesen hat, dass diese Koalition ihr Versprechen gebrochen habe, sozialverträgliche Studienbeiträge einzuführen. Das wird bei den Grünen aber unterschiedlich bewertet.

(Dr. Ruth Seidl [GRÜNE]: Verfassungsrechtlich bedenklich!)

Ich weiß, dass Herr Kretschmann in Baden-Württemberg

(Frank Sichau [SPD]: Wir sind in Nordrhein-Westfalen!)

mit der Union darüber gesprochen hat, für die Grünen sei die Einführung von Studiengebühren dann möglich, wenn das, was dort ins Gesetz kommen soll, dem nordrhein-westfälischen Modell entsprechen würde.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Dem Grünen-Modell, nicht Ihrem!)

– Nein, er meinte das Modell der schwarz-gelben Landesregierung.

(Frank Sichau [SPD]: Nee!)

Herr Schultheis hat insinuiert, es gebe Kürzungen in diesem Einzelplan 06. Wenn ich mir diesen Haushalt anschau, dann sehe ich eine Zahl von 5,1 Milliarden €. Während der Gesamthaushalt also um 4,4 % sinkt, bleiben wir hier bei 5,1 Milliarden €. Mehr noch: Wenn man den Gesamthaushalt mit den vergangenen Jahren vergleicht, dann stellen Sie beim Vergleich mit den bereinigten Ausgaben aus dem vergangenen Jahr fest, dass sogar noch 9 Millionen € mehr etatisiert worden sind.

Das zeigt die Prioritätensetzung dieser Koalition. Trotz der schwierigen haushaltspolitischen Lage, in der wir uns befinden, haben wir gerade in diesem Bereich der Innovationspolitik, der Wissenschafts- und Forschungspolitik nicht konsolidiert, was den Gesamthaushalt Einzelplan 06 angeht, sondern wir haben die Haushaltslinie der vergangenen Jahre fortschreiben können.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Innerhalb des Einzelplans 06 konzentrieren wir uns allerdings auf das Kerngeschäft, um dort wieder bessere Ergebnisse vorweisen zu können.

Wird dann vielleicht irgendwann einmal – dieser Mühe wollen wir uns unterziehen – das Land grö-

ßere haushaltspolitische Spielräume haben, dann haben wir auch wieder Gelegenheit zur Förderung der von Ihnen, Herr Schultheis, geforderten Projekte und Mehrausgaben. In der jetzigen Situation des Landes müssten wir sie – bei einer ehrlichen Betrachtung werden Sie zustimmen – entweder mit Steuereinnahmen, die das Land noch gar nicht eingenommen hat oder mit Schulden gegenfinanzieren. Deshalb gibt es keine Alternative dazu, das Kerngeschäft in den Blick zu nehmen und dafür mehr Substanz bereit zu stellen.

(Beifall von der FDP)

Ich will zu den beiden Schwerpunkten etwas sagen. Der erste Schwerpunkt ist die Finanzierung der Hochschulen. Hier ist eben, Kollege Brinkmeier, darauf hingewiesen worden, dass mit unserem Entschließungsantrag der Qualitätspakt in einen Zukunftspakt verlängert worden ist;

(Zuruf von Dr. Ruth Seidl [GRÜNE])

er ist verstärkt worden. Erstmals hat sich damit der Landtag politisch mit einer solchen Zusage gebunden.

Das Zweite ist – auch das ist angesprochen worden –, dass das Aufkommen aus dem Studienkontengesetz jetzt den Hochschulen zur Verfügung steht, der Verrechnungsvermerk aufgehoben worden ist. Die Hochschulen hätten sonst in diesem Jahr überhaupt keine Einnahmen mehr aus dem Studienkontengesetz erzielt, weil die Gelder schon vor der Landtagswahl als Wahlgeschenk von Frau Kraft verteilt worden waren.

Zum Dritten. Es ist zu fragen – das wäre einen Satz bei Ihnen wert gewesen –, in welcher prozentualen Höhe die Globalhaushalte ausfinanziert worden sind. Da hätte es doch Alternativen gegeben. Eine geringere prozentuale Quote wäre möglicherweise für die Landesregierung ein einfacherer Weg gewesen. Aber hier haben sich Regierung und Koalition darauf verständigt, am oberen Ende der Skala die Globalhaushalte auszufinanzieren und dafür Sorge zu tragen, dass die Hochschulen über die Mittel verfügen, die sie brauchen, um in Lehre und Forschung gute Ergebnisse vorweisen zu können.

Zum zweiten Bereich: Forschung. Da konzentrieren wir uns auf die großen Projekte, die auch Strahlwirkung in der Forschungslandschaft insgesamt haben können. Die 25 % Kofinanzierungsanteil des Landes für die Exzellenzinitiative stehen bereit. Dafür sind immerhin Verpflichtungsermächtigungen in einer Größenordnung von 100 Millionen € in den Haushalt eingestellt worden.

Wir haben – Kollege Brinkmeier hat darauf hingewiesen – für das neue MPI in Köln bereits in diesem Haushalt – das fließt ab – 30 Millionen € bereitgestellt.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Auch Herr Lindner wird älter!)

– Auch ich werde älter. Jugend ist biologisch abbaubar.

Nicht zuletzt haben wir den Drei-Prozent-Beitrag für den Pakt für Forschung und Innovation trotz der schwierigen Haushaltslage bereitstellen können.

Diese Schwerpunktsetzung kann nur dann funktionieren, wenn in anderen Bereichen dieses Haushaltes konsolidiert wird. Da ist die Frage – es sind alles keine einfachen Entscheidungen, die dort zu treffen sind –: Sind es Entscheidungen, die, auch wenn sie unbequem sind, sozial vertretbar sind?

Wir hatten hier und im Ausschuss verschiedentlich Gelegenheit, diese Einsparmaßnahmen zu diskutieren, zum Beispiel die Kürzung bei den Studentenwerken. Ich habe wie Sie auch Gespräche mit Geschäftsführungen, mit den Personalräten der Studentenwerke geführt. Die sagen uns: Wir können das in diesem Jahr, auch wenn es unbequem ist, betriebswirtschaftlich noch auffangen. Was Sie bei der 20%igen Kürzung der Landesförderung verschwiegen haben,

(Karl Schultheis [SPD]: Dann waren Sie bei anderen Leuten!)

ist der Anteil, den das Land an der Gesamtfinanzierung der Studentenwerke hat. Der ist so gering, dass auch die 20%ige Kürzung in diesem Jahr aufgefangen und im nächsten Jahr, wenn die Gremien getagt haben, über einen höheren Beitrag der Studierenden kompensiert werden kann. Die Erhöhung wird so gering sein, dass das die Studierenden vielfach überhaupt nicht werden feststellen können. Er ist im Übrigen geringer als eine Schachtel Zigaretten im Monat. Der ist im Übrigen auch geringer als das

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

– wir haben das an anderer Stelle schon besprochen –, was von Ihnen bei den Studentenwerken an Kostensenkungen und was an Erhöhungen des Semesterbeitrages angedacht worden war.

Wenn ich das bilanzieren, komme ich zu einem anderen Ergebnis als Sie. Ich komme zu dem Ergebnis: Wir haben einen Einzelplan 06, der sich auf die wesentlichen Kernbereiche konzentriert,

der zwar nicht alles, was wünschenswert wäre, fortschreiben kann, aber dafür in den Kernbereichen wieder mehr Substanz vorzuweisen hat.

Es ist ein Einzelplan 06, der sich schon in seiner Struktur darauf ausrichtet, den größeren Freiheitsgrad, den wir den Einrichtungen gewähren wollen, auch fiskalisch abzubilden. Deshalb ist das ein guter Einstieg in fünf Jahre schwarze Hochschulpolitik in Nordrhein-Westfalen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP – Karl Schultheis [SPD]: Dieser Haushalt ist der Abschied aus der aktiven Landespolitik!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Als nächster Redner hat Minister Prof. Dr. Pinkwart für die Landesregierung das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst lassen Sie mich den Mitgliedern des Ausschusses wie auch den Rednern heute Dank sagen für das Bemühen um insgesamt eine sehr sachbezogene Zusammenarbeit. Ich möchte mich auch auf Ihren Beitrag, Frau Dr. Seidl, zur Fortsetzung des Qualitätspaktes beziehen. Ich finde das sehr gut, weil es ein sehr wichtiges Aufgabenfeld ist. Ich möchte das noch einmal in eine Relation zu dem stellen, was uns insgesamt bewegt.

Oppositionsparteien beschäftigen sich ja mit der Konsolidierung des Haushalts, wie man neuerdings nachlesen kann, in einer langfristigen Perspektive. Wenn man sich das vor Augen führt, dann muss man sehen: Dieses Land Nordrhein-Westfalen ist in einer Situation, in der die Neuverschuldung größer ist als die Neuinvestitionen, und zwar erheblich. Das wollen wir ändern, das werden wir ändern. Das müssen wir ändern, wenn wir den Innovationsstandort Nordrhein-Westfalen auf Dauer nicht nur sichern, sondern weiter ausbauen wollen. Denn dafür gilt es erst einmal Handlungsfähigkeit zurückzuerlangen. Und die erarbeiten wir uns hier.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Dass wir das nicht machen, indem wir mit dem Rasenmäher in alle Bereiche hineingehen, sondern indem wir Akzente setzen, insgesamt das Haushaltsvolumen – Herr Lindner hat es angesprochen – um annähernd 5 % zurückzuführen, diesen Bereich stabil halten und neue Schwerpunkte setzen, bei denen die Innovationsförderung um

1,3 % steigt und nicht sinkt, wie hier dargestellt worden ist, indem wir den Hochschulen aus staatlicher Sicht eine langfristige Planungsperspektive und zusätzlich Einnahmen über ein Studienbeitragsgesetz in einer sozialverträglichen Weise ermöglichen, wie sie in keinem anderen deutschen Bundesland auf den Weg gebracht worden ist, zeigt, dass wir den Hochschulen tatsächlich echte Spielräume geben wollen.

Nach wie vor halte ich es sowohl in dem Beitrag von Herrn Schultheis als auch von Frau Seidl für bemerkenswert, dass Sie aus der Vergangenheit immer noch nicht die richtigen Schlussfolgerungen ziehen, weil Sie nicht bereit sind, sich mit den wirklichen Ursachen für die Versäumnisse der Vergangenheit auseinander zu setzen.

Ich habe mich wiederholt darum bemüht, das hier im Landtag und auch durch entsprechende Publikationen zu tun, um deutlich zu machen, warum in Nordrhein-Westfalen die Forschungs- und Entwicklungsquote gegen den Bundestrend im Zeitverlauf von 1990 bis 2003 von 2,1 % auf 1,8 % gesunken ist, während sie im Bundesdurchschnitt von 2,5 % auf 2,6 % gestiegen ist. Das ist das Lissabon-Ziel, das Sie mit Ihrer früheren Regierung auch verfolgt haben, das Sie mir Ihrer Programmpolitik, Herr Schultheis, von der Sie gesprochen haben, offensichtlich über Jahre verfolgt haben. Aber anders als die anderen – das ist Ihre Bilanz – haben Sie den Innovationsstandort Nordrhein-Westfalen nicht weiterentwickelt, sondern zurückentwickelt.

(Beifall von CDU und FDP)

Herr Schultheis, eben wollten Sie die Exzellenzinitiative auch noch beiseite wischen nach dem Motto „Wir beteiligen uns am Bundesprogramm, das könnten Sie nicht so recht Ernst nehmen“. In Berlin haben Sie früher noch ganz anders gesprochen, als Sie die Exzellenzinitiative politisch mit auf den Weg gebracht haben. Jetzt haben wir die Ergebnisse. Sie zeigen uns:

(Zuruf von Dr. Ruth Seidl [GRÜNE])

Wir haben die dichteste Hochschullandschaft in Europa, aber wir haben noch nicht die beste. Das ist aber auch ein Ergebnis Ihrer Politik in der Vergangenheit.

Sehr verehrte Frau Seidl, nehmen Sie es mir bitte nicht übel: Wenn Sie sagen, Sie würden besser regieren, dann weise ich darauf hin, dass Sie hier zehn Jahre regiert haben. Was haben Sie denn für eine Bilanz in Nordrhein-Westfalen vorgelegt?

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Wenn man eine solche Bilanz in den zentralen Zukunftsfragen eines Innovationslandes vorlegt wie Sie, wenn man die Ergebnisse der Pisa-Studien aus den Jahren 2000 und 2003 und den Unterrichtsausfall, der stattgefunden hat, zu verantworten hat, wenn man eine Bilanz im Bereich der Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen vorlegt, die zeigt, dass insbesondere die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen unter Ihrer Verantwortung gelitten hat ...

(Zurufe von der SPD)

– Warum? Weil die Rahmenbedingungen hier nicht stimmten. Sie haben doch die innovativen Unternehmen nicht angezogen. Sie haben die innovativen Unternehmen im Bereich Gentechnik wie Bayer und andere mit der Erklärung von Frau Höhn „Nordrhein-Westfalen wird zur gentechnikfreien Zone“ außer Landes getrieben und nicht aktiviert.

(Karl Schultheis [SPD]: Ist doch Unsinn! – Edgar Moron [SPD]: Alles Blödsinn!)

– Natürlich, das bewegt Sie. Das kann ich verstehen. Aber das ist es doch, was diesen Standort in Wahrheit zurückgeworfen hat.

(Edgar Moron [SPD]: Welch ein Geschwätz, Nordrhein-Westfalen sei in Deutschland am Ende der wirtschaftlichen Entwicklung! Das ist doch dummes Zeug!)

– Lieber Herr Moron, ich habe das hier im Landtag dargelegt. Im Übrigen ist das eine Studie des RWI, die Sie schon während Ihrer Regierungszeit in der Schublade hatten. Sie haben sie nur nicht veröffentlicht. Wir haben uns erlaubt, sie der Öffentlichkeit vorzustellen, insbesondere auch Ihnen. Darin können Sie es nachlesen: gegen den Bundestrend in der zentralen Frage der Zukunft, nämlich der Forschungs- und Entwicklungsquote, bezogen auf das Lissabon-Ziel 3 %, das Ihr früherer Herr Bundeskanzler in Europa mitverhandelt hat, weil er es als maßgeblich erachtet hat. Bei den zentralen Kennzahlen ist Nordrhein-Westfalen von 2,1 % auf 1,8 % gesunken. Selbst die neuen Bundesländer sind in diesen Werten zum Teil schon an Nordrhein-Westfalen vorbeigezogen. Bayern liegt bei 3 %, Baden-Württemberg bei 4 %.

Lieber Herr Moron, Sie müssen doch die Fakten zur Kenntnis nehmen. Wir müssen uns überlegen: Wie können wir das ändern? Wenn die Wirtschaft hier stärker einsteigen muss, damit die Bilanz in Zukunft besser wird, denn gerade bei der Wirtschaft fehlt es, dann muss ...

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

– Herr Schultheis, genau das versuchen wir zu tun. Aber Sie wissen ganz genau – das sagen uns auch die Experten –: Dann müssen Sie dieses Land von einer riesigen Bürokratielast befreien. Dadurch, dass diese Landesregierung jetzt 46 Behörden mit 7.000 Beschäftigten endlich so gestaltet, dass Investitionen nicht länger verhindert werden, sondern schneller stattfinden können, verbessern wir die Rahmenbedingungen am Innovationstandort Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Dr. Seidl jetzt möchte ich noch etwas zum Stichwort Versprechen sagen. Was ist versprochen worden, was ist gehalten worden? Sie haben die Studienbeiträge karikiert und gesagt: Wenn Sie das ein Versprechen nennen ...

Ich nenne das ehrliche Politik, denn wir – beide Regierungsparteien – haben den Wählerinnen und Wählern vor der Wahl gesagt, dass wir sie im Interesse der Studierenden einführen wollen.

(Christian Lindner [FDP]: So ist es!)

Sie haben vor der letzten Landtagswahl im Jahr 2000 nicht angekündigt, dass Sie Langzeitstudienkonten in Nordrhein-Westfalen einführen wollen.

(Beifall von der CDU)

Sie haben erst Recht nicht angekündigt, dass Sie sie zunächst beim Finanzminister abliefern wollen.

(Beifall von CDU und FDP – Christian Lindner [FDP]: So ist es!)

Deshalb hatten Sie 30.000 bis 40.000 Demonstranten vor dem Landtag; sie haben sich von Ihnen nicht ernst genommen gefühlt. Das war keine glaubwürdige Politik.

Im Übrigen lese ich mit Blick auf die SPD bei der einen oder anderen Hochschule, dass die Mehrwertsteuererhöhung problematisiert wird. Die belastet natürlich auch Studierende. Da kann ich in Richtung SPD zum Stichwort Wahlversprechen nur sagen, dass Sie doch plakatiert haben: Mit uns gibt es keine Mehrwertsteuererhöhung.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das hat schon Herr Lindner heute nicht geschafft!)

Fakt ist doch, dass Sie gegenüber der anderen Partei, die immerhin die Ehrlichkeit hatte, das den Wählern vorher zu sagen, noch 1 % draufgesattelt haben. Das ist doch Ihre Form der sogenannten ehrlichen Politik.

(Beifall von der CDU – Karl Schultheis [SPD]: Diskutieren Sie das doch mal mit der CDU!)

Wenn Sie sich hinstellen und sagen: „versprochen – gebrochen“, dann müssen Sie sich an Ihren eigenen Versprechen messen lassen und daran, was Sie daraus in der realen Politik gemacht haben.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall von CDU und FDP)

Es ist natürlich klar, Herr Schultheis, dass Sie ein Problem damit haben, dass die neue Landesregierung so schnell Fahrt aufgenommen hat,

(Lachen von der SPD – Johannes Remmel [GRÜNE]: Sie ist vor die Wand gefahren! – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist ein Bummelzug!)

dass die neue Landesregierung so schnell Reformen auf den Weg gebracht hat, dass sie eine erstklassige Einjahresbilanz vorgelegt hat. Dass Ihnen das Probleme bereitet, kann ich nachvollziehen.

(Edgar Moron [SPD]: Loben Sie sich nicht so viel selbst! Lassen Sie besser andere loben!)

– Herr Moron, ich will das nur mit Blick auf Herrn Schultheis sagen, der offensichtlich ein Problem damit hat, gewisse Dinge anzuerkennen.

(Zuruf von Edgar Moron [SPD] – Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Es gibt einen guten Grundsatz: Tue Gutes und rede darüber.

(Widerspruch von der SPD)

Sie werden uns nicht daran hindern, über Gutes auch zu reden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Jedenfalls will ich zu dem ...

(Marc Jan Eumann [SPD]: So viel Autosuggestion!)

– Ich kann ja verstehen, dass Ihnen das schwer fällt. Aber wir müssen Ihnen seitens der Regierung schon noch Fakten darlegen dürfen. Wenn Sie sagen, hier sei nichts unternommen worden, um etwas zu gestalten, sage ich Ihnen eins, Herr Schultheis: Die Exzellenzinitiative,

(Karl Schultheis [SPD]: Das ist doch kein Produkt der Landesregierung!)

die mehr Innovationskraft in ein Land bringt, wird den Hochschulen zusätzlich bereitgestellt. Sie haben das vorher bezweifelt, wir stellen es sicher.

(Karl Schultheis [SPD]: Nein!)

Das ist eine zusätzliche Anstrengung. Die Investition in ein zusätzliches Max-Planck-Institut haben nicht Sie vorbereitet, das haben wir erst möglich gemacht.

(Beifall von CDU und FDP – Marc Jan Eumann [SPD]: Das ist doch Quatsch!)

Sie haben die Kollegin Thoben in Bezug auf die Ziel-2-Mittel angesprochen.

(Karl Schultheis [SPD]: Auf dieses Verfahren bin ich mal gespannt!)

Das ist im Übrigen auch ein Unterschied zur Vorgängerregierung: Sie mussten erst einmal Arbeitskreise bilden, damit sich die Minister miteinander unterhalten haben.

(Beifall von der FDP)

Frau Kollegin Thoben und ich haben das Science-to-Business-Center in Marl in Zusammenarbeit erst möglich gemacht. Wir haben auch das Max-Planck-Zentrum in Dortmund mit Ziel-2-Mitteln möglich gemacht.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Davon hat sich die Ministerin doch verabschiedet!)

Das haben Sie nicht möglich gemacht. Wir haben das erst erreicht.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Sie haben das erreicht? Jetzt lügen Sie doch nicht so!)

– Wissen Sie, Herr Bollermann, ich kann verstehen, dass Sie ein Problem damit haben anzuerkennen, dass wir das erreicht haben.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Ich habe kein Problem mit Ehrlichkeit! Ich habe nur ein Problem mit Unehrllichkeit!)

Diese Maßnahme ist durch die neue Landesregierung auch unter Einsatz der hier in Rede gestellten Ziel-2-Mittel durch Zusammenarbeit der Kollegin Thoben und mir erst möglich gemacht worden.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist doch lächerlich!)

Das Energieinstitut Eon in Aachen – wollen Sie sich das auf Ihre Fahnen schreiben? Auch das ist erst durch unsere Aktivität möglich geworden. Ich könnte die Liste fortsetzen.

(Beifall von FDP und CDU – Dieter Hilser [SPD]: Das ist doch unglaublich!)

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie können sich nicht hier hinstellen und sagen, sie könnten es besser, und das, was wir an Erfolgen hätten, seien alles Ihre Erfolge. Wir können das sorgfältig differenzieren und machen das auch.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Offensichtlich nicht!)

Mit Blick auf das Hochschulfreiheitsgesetz will ich Ihnen ganz klar sagen, dass wir das Hochschulfreiheitsgesetz genau wie das Studienbeitragsgesetz in einer Weise mit den Hochschulen gemeinsam besprechen und auch hier im Landtag zu einer Beratung führen werden, die dazu beitragen wird, die Rahmenbedingungen für Wissenschaft, Forschung und Technologie in Nordrhein-Westfalen nachhaltig zu verbessern.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Das, was in diesen Gesetzentwürfen oder Gesetzen, die wir in Deutschland haben, insgesamt zum Ausdruck kommt, ist doch eines: Früher schaute man nach Süddeutschland, wenn man Reformen auf diesem Gebiet sehen wollte, wenn man sehen wollte, dass Länder wieder neue Chancen suchen. Jetzt ist Nordrhein-Westfalen auf diesen Feldern wieder Schrittmacher.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Jetzt schüttelt man den Kopf über Nordrhein-Westfalen!)

Andere Bundesländer schauen bei den Reformen – ob bei der Schule, der Hochschule oder auch in anderen Bereichen – wieder auf Nordrhein-Westfalen. Wir sind ein Innovationsland, auch was die Veränderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen betrifft.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir freuen uns darauf, das mit den Menschen im Land gemeinsam besprechen und gemeinsam zum Erfolg bringen zu können.

Nach der Aufnahme, die wir für diese verschiedenen Schritte gefunden haben, die auch ...

(Karl Schultheis [SPD]: Haben Sie die Stellungnahmen gelesen?)

– Ja natürlich, das haben wir. Das nehmen wir auch alles sehr ernst, Herr Schultheis.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Lesen lassen!)

Denn es ist so: Wenn Sie etwas verändern wollen, müssen Sie auch lernbereit und bereit sein, Anregungen aufzunehmen. Das tun wir bei jeder Maßnahme. Deswegen sind wir im Dialog miteinander – mit dem Parlament genauso wie mit den Hoch-

schulen und den anderen Vertretern, mit der Wirtschaft, mit den Verbänden

(Marc Jan Eumann [SPD]: Dann wäre es doch ein Leichtes, neu anzufangen!)

und werden an der Stelle wie auch an anderer Stelle sehr zügig, zielorientiert und nachhaltig die Rahmenbedingungen in Nordrhein-Westfalen so bauen, dass sich NRW gerade auf dem Feld Innovation aus dieser riesigen Forschungslücke, in die das Land in den letzten Jahren hineingekommen ist, Schritt für Schritt, Jahr für Jahr herausbewegen kann. Wir haben Ihnen das vorgetragen: Wir wollen Nordrhein-Westfalen bis 2015 wieder zum Innovationsland Nummer eins in Deutschland machen.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Sie wollen die FDP retten!)

Bis 2010 wollen wir den Negativtrend stoppen und die Lücke zum Bund hin schließen. Dann wird Nordrhein-Westfalen Schrittmacher in diesen Feldern sein können. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür mit dem gesetzlichen Rahmen und durch neue Schwerpunktsetzungen im Haushalt, und wir machen Schluss mit Ihrer auch bei den Hochschulen betriebenen Politik nach dem Grundsatz: Lieber alle gleich schlecht als einige richtig gut! – Wir setzen wieder klare Schwerpunkte. Wir wollen mehr Profil.

(Beifall von CDU und FDP)

Dann werden wir auch wieder beste Köpfe für Nordrhein-Westfalen gewinnen können. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Pinkwart. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Seidl noch um das Wort gebeten.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte kurz auf die emotionale Rede reagieren, die Herr Pinkwart gerade zum Schluss gehalten hat. Die von ihm aufgestellten Behauptungen kann man einfach nicht so im Raum stehen lassen. Und ob ich mich hier hinstelle und etwas sage, entscheide ich immer noch selber. Dazu brauche ich nicht Ihre Unterstützung, Herr Pinkwart.

(Beifall von den GRÜNEN)

Erstens. Studiengebühren! Sie haben behauptet: Versprochen, gebrochen! Wir hätten sozusagen unser Versprechen in der letzten Legislaturperio-

de nicht eingehalten. – Aber was haben wir denn versprochen? – Wir haben den Studierenden ein gebührenfreies Erststudium versprochen. Das haben wir auch über die Studienkonten eingehalten. Wir haben keine Studiengebühren von Anfang an eingeführt. Das haben Sie gemacht. Darin liegt der Unterschied.

Zweitens. Reden Sie unsere Wissenschaftslandschaft doch nicht so schlecht. Das gehört sich einfach nicht. Gerade wenn Sie sich Innovationsminister nennen und großspurig ankündigen, Sie wollten dieses Land zum Innovationsland Nummer eins machen: Unterbreiten Sie konkrete Vorschläge, wie Sie dies auf den Weg bringen wollen.

Kürzen Sie die Zuschüsse wichtiger Forschungseinrichtungen nicht zusammen, oder entlassen Sie die Hochschulen in die freie Marktwirtschaft. Wie passt das denn zusammen, Herr Pinkwart: Alleine in der Titelgruppe 64, in der es um die Ausgaben für Forschung, wissenschaftlichen Nachwuchs und Transfer geht, kürzen Sie doch um genau 15 Millionen €. Darum geht es doch. Es geht hier genau darum, die Forschungsfelder zu identifizieren, auf denen die Wissenschaft Nordrhein-Westfalens im internationalen Vergleich Spitzenleistungen erbringt. Es geht um die sogenannte strategische Forschungsförderung, das Zusammenspiel zwischen Spitzenforschung und Wirtschaft. Es geht darum, die Ergebnisse der Spitzenforschung schneller in marktfähige Innovationen umzusetzen. Genau an der Stelle, an der es um solche Innovationen geht, setzen Sie den Rotstift an.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Abgeordnete Seidl, darf ich Sie kurz unterbrechen? – Es gibt den Wunsch des Herrn Abgeordneten Kuhmichel nach einer Zwischenfrage. Möchten Sie diese Zwischenfrage zulassen?

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Ja, bitte.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön, Herr Kuhmichel.

Manfred Kuhmichel (CDU): Verehrte Frau Kollegin Dr. Seidl, trifft es zu, dass bei Ihrem Studienkontenmodell die erzielten Einnahmen beim Finanzminister verblieben und dass dies zutiefst unsozial war?

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Aber Sie wissen doch genau, was wir in der letzten Legislaturperiode gemacht haben.

(Zurufe von der CDU: Eben!)

Dass das Geld im Jahr 2005 komplett an die Hochschulen gehen sollte, ist doch gesetzlich verankert gewesen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das war doch die Verabredung. Das wissen Sie ganz genau.

Ich frage Herrn Pinkwart noch einmal zum Thema „Innovation“: Wie passen Ihre Sparvorschläge mit den propagierten Zielen zusammen, die da unter anderem lauten: „Exzellenzen stärken“, „Schwerpunktförderung“, „Öffentliche und private Forschungsausgaben steigern“, „Netzwerke bilden“, „Universitäre und außeruniversitäre Forschung verzahnen“, „Wissenschaftlichen Nachwuchs fördern“. Das sind doch genau die Stichpunkte, die in dieser Titelgruppe zusammengefasst sind.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Seidl, gestatten Sie eine zweite Zwischenfrage von Herrn Lindner? – Jetzt ist er weg! Wollen Sie doch nicht?

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Dann rede ich jetzt doch einfach zu Ende!

Vizepräsident Edgar Moron: Sie möchten zu Ende reden. Bitte schön.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Ich möchte zum Schluss nur noch einmal auf das Technologie- und Innovationsprogramm des Landes aufmerksam machen, das um sage und schreibe 6 Millionen € gekürzt wird. Herr Pinkwart, ist das Innovation? Immerhin sind das satte 20 %. Dabei geht es hier doch um die Umsetzung neuer Produkte und Dienstleistungen, um Verfahrensideen in der Wirtschaft zur Verbesserung des Technologiestandortes Nordrhein-Westfalen. Es geht genau um den Kern der Innovation, um die bessere Verzahnung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft und letztlich um die Schaffung – die uns allen so wichtig ist – neuer innovativer Arbeitsplätze.

Das ist eine Politik der Widersprüche der derzeit agierenden Landesregierung. Innovationen werden vollmundig angekündigt, aber hinterrücks über diesen Landeshaushalt wieder rückgängig gemacht. Da kann man sich tatsächlich nur noch fragen: Wo bleibt die Innovation beim Innovati-

onsminister? So ist das eben mit den Begrifflichkeiten dieser Landesregierung: Sie sind schillernd, sie können vieles, aber sie können auch nichts bedeuten. Letzteres scheint mir insbesondere bei Ihrer Politik der Fall zu sein, Herr Pinkwart. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Dr. Seidl. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 06 liegen nicht mehr vor.

Wir kommen zur **Abstimmung** zum **Einzelplan 06**. Wir stimmen zunächst über die Änderungsanträge der Übersicht laufende Nrn. 85 bis 92 ab. Danach stimmen wir über den Einzelplan 15 – Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration – ab.

Wir kommen aber zunächst zu den Änderungsanträgen, die das Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie betreffen.

Bei der laufenden Nr. 85 handelt es sich um einen **Antrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/1707**. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und Grüne. Wer ist dagegen? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Die laufende Nr. 86 bezieht sich auch auf einen **Antrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/1709**. Wer ist für diesen Antrag? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. – Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nr. 87, einem **Antrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/1716**. Wer ist für diesen Antrag? – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind CDU- und FDP-Fraktion. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Bei der laufenden Nr. 88 handelt es sich um einen **Antrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/1718**. Wer ist für diesen Antrag? – Das ist die SPD. Wer ist gegen den Antrag? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Bündnis 90/Die Grünen. Auch dieser Antrag ist **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nr. 89, einem **Antrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/1719**. Wer ist für diesen Antrag? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Dieser Antrag ist **abgelehnt**.

Laufende Nr. 90, ein **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1778**. Wer ist für diesen Antrag? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Also ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Laufende Nr. 91, ein **Antrag** der Grünen **Drucksache 14/1779**. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Laufende Nr. 92, auch ein **Antrag** der Grünen **Drucksache 14/1780**. Wer ist für diesen Antrag? Bündnis 90/Die Grünen. – Wer enthält sich?

(Widerspruch)

– Entschuldigung. Sehr aufmerksam, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die SPD-Fraktion enthält sich. – Wer ist dagegen? Die Koalitionsfraktionen. – Das Ergebnis am Ende ist das gleiche. Der Antrag ist **abgelehnt**.

(Allgemeine Heiterkeit)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit haben wir die Änderungsanträge abgestimmt und kommen nun zur Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 14/1706**. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist der **Einzelplan 06** mit der entsprechenden Mehrheit so **beschlossen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben noch viele Abstimmungen vor uns. Ich bitte Sie, noch eine Weile hier zu bleiben.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Gern!)

Wir **stimmen** jetzt **ab** über die Änderungsanträge zum **Einzelplan 15**, Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration mit den Teilbereichen „Generationen und Familie, Kinder und Jugend“, „Frauen“ und „Integration und Eine-Welt“. Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung **Drucksache 14/1715** und auf die Änderungsanträge der Fraktion der SPD mit den Nummern 51 bis 67 – dazu gibt es einen Neudruck – sowie auf die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Nummern 68 bis 84 – auch dazu gibt es einen Neudruck.

Meine Damen und Herren, ich komme dann zur Abstimmung.

Laufende Nr. 51: **Antrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/1730**. Wer ist dafür? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Koalitionsfraktionen. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Laufende Nr. 52: **Antrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/1731**. Wer ist dafür? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Koalitionsfraktionen von CDU und FDP. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Laufende Nr. 53: **Antrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/1732**. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Dagegen? – Koalitionsfraktionen. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Laufende Nr. 54: **Antrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/1733**. Wer ist dafür? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Koalitionsfraktionen. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Nr. 55: **Antrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/1734**. Wer ist dafür? – SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Koalitionsfraktionen und Bündnis 90/Die Grünen.

(Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Nr. 56: auch ein **Antrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/1735**. Wer ist dafür? – SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen.

(Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Laufende Nr. 57: **Antrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/1736**. Wer ist dafür? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Koalitionsfraktionen. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Nr. 58: **Antrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/1737**. Wer ist dafür? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Koalitionsfraktionen. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Laufende Nr. 59: **Antrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/1738**. Wer ist dafür? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Koalitionsfraktionen. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Laufende Nr. 60: **Antrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/1739**. Wer ist dafür? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Koalitionsfraktionen. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.